

ANTRAG 2

der NÖAAB-FCG – AK Fraktion
an die 128. AK-NÖ Vollversammlung am 31. Mai 2007

Zweckbindungen der Mineralölsteuer statt Einführung der PKW-Maut

Die NÖAAB-FCG AK-Fraktion spricht sich für eine rasche Wiedereinführung der Zweckbindung der Mineralölsteuer zum Ausbau von Straße und Schiene aus. Die Mineralölsteuer bringt dem Bund jährlich rund 3,6 Mrd. Euro ein und fließt direkt ohne jede Zweckbindung ins allgemeine Budget ein. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass die Autofahrer und Pendler durch die Anhebung der Mineralölsteuer finanziell immer stärker belastet werden, aber davon keinen Nutzen haben.

Im Jahr 1987 wurde die Zweckbindung der Mineralölsteuer aufgehoben. Aktuell leisten die Autofahrer und Pendler in Österreich rund 10,6 Mrd. Euro an jährlichen Abgaben an den Staat. Von diesem Kuchen entfallen rund 3,6 Mrd. Euro auf die Mineralölsteuer.

Mit Ausnahme der rd. 1,2 Mrd Euro an Mauteinnahmen aus LKW-Maut, Vignette und Streckenmaturen fließen alle Verkehrsabgaben in das allgemeine Bundesbudget ein. Der LKW-Verkehr hat in Österreich besonders im ersten Quartal 2007 überdurchschnittlich stark zugenommen. Vor allem Arbeitnehmer/innen die als Pendler in den Zentralen Raum einpendeln müssen, sind immer öfters mit Staus konfrontiert. Deshalb ist es nun allerhöchste Zeit, dass wesentliche Teile des immer stärker wachsenden Güterverkehrs auf die Schiene umgeleitet werden. Durch die rasche Einführung der Zweckbindung der Mineralölsteuer zugunsten des Straßen- und Schienenausbaus wäre die Finanzierung diverser auch NÖ Verkehrsprojekte überhaupt kein Problem.

Keineswegs darf zugestimmt werden, dass zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wieder die Pendler durch die Einführung einer PKW-Maut zur Kassa gebeten werden.

Die 128. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich fordert daher die Zweckbindung der Mineralölsteuer zur Finanzierung der in den nächsten Jahren notwendigen Straßen- und Schienenprojekte zu beschließen, um eine weitere Belastung der Pendler durch eine allfällige Einführung der PKW-Maut zu verhindern.